

Pressemitteilung

Einsatz für eine Wasserstoffallianz in Europa im Koalitionsvertrag verankern

Berlin, 25. März 2025 | 13 Verbände der Energie-, Gas-, Wasser-, Wasserstoffwirtschaft sowie der Stahl-, Chemie- und Automobilindustrie und dem Maschinen- und Anlagenbau appellieren unter der Federführung des BDEW in einem Brief an Friedrich Merz, in einer künftigen Regierung eine strategische Allianz zum Thema Wasserstoff auf europäischer Ebene ins Leben zu rufen.

Die geopolitischen Machtverschiebungen und der internationale Wettbewerb um Wertschöpfung stellen Europa und Deutschland vor große Herausforderungen. Sie erfordern eine strategische Herangehensweise, um die Energie- und Technologiesouveränität zu sichern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz unseres Industriestandorts zu stärken. Wasserstoff kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Derzeit gibt es auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten keinen Zusammenschluss von Staaten, um den Wasserstoffhochlauf voranzutreiben. Gemeinsam mit 12 weiteren Verbänden empfiehlt der BDEW daher dringend, dass Deutschland auf Regierungsebene die Initiative ergreift, um eine H₂-Allianz mit anderen EU-Mitgliedstaaten ins Leben zu rufen. Europa braucht jetzt eine Stärkung der Energie-Union und des Binnenmarktes. Eine Wasserstoffallianz kann hier neue Integrationskraft entfalten und Deutschlands Führungsrolle untermauern.

Die nächste Legislaturperiode ist das entscheidende Zeitfenster, um dem Wasserstoffhochlauf in Europa neuen Schub zu geben. Wir schlagen daher vor, im Koalitionsvertrag zu verankern, dass Deutschland auf europäischer Ebene mit anderen EU-Mitgliedsstaaten eine Wasserstoff-Allianz ins Leben ruft. Ein Interesse an einer H₂-Allianz sollten alle Mitgliedstaaten – unabhängig von ihrem Energiemix – haben, die einen möglichst schnellen und ambitionierten Hochlauf aktiv vorantreiben wollen. Um den Hochlauf in der Breite zu ermöglichen, sollte die Allianz offen für alle Formen des erneuerbaren und kohlenstoffarmen Wasserstoffs sein. Sie könnte dazu dienen, sich im Rat der EU und gegenüber EU-Kommission und EU-Parlament für eine ambitionierte sowie umsetzungsorientierte H₂-Politik einzusetzen. Und könnte ein Vehikel sein, um engere Brücken zu strategisch wichtigen Nicht-EU-Partnern, wie etwa dem Vereinigten Königreich und Norwegen sowie weiteren potenziellen Importstaaten zu bauen.

Die Wasserstoff-Allianz kann sich schnell materialisieren, da zahlreiche konkrete Projekte anstehen: die Überarbeitung der Delegierten Rechtsakte zu erneuerbarem und kohlenstoffarmem Wasserstoff im Sinne einer größeren Praxistauglichkeit, der Einsatz

für ein global anschlussfähiges Zertifizierungssystem, die Beschleunigung des Ausbaus des H₂-Backbones und sich anschließender Korridore außerhalb der EU sowie die weitere Stärkung der EU-Wasserstoff-Bank und anderer Förderinstrumente.

Für die Verankerung einer strategischen Wasserstoffallianz in Europa im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung treten diese Verbände ein:

- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)
- Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)
- Deutscher Wasserstoff-Verband (DWV) e.V.
- figawa e.V.
- Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V.
- DIE GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e.V.
- Hydrogen Europe aisbl
- Wirtschaftsvereinigung Stahl
- Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
- Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)
- Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. (VIK)
- Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Ihr Ansprechpartner

Marvin Bender | Pressesprecher | +49 170 33 49 855 | marvin.bender@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der Verband mit Hauptsitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen klimaneutralen und auch in Zukunft starken Stahlstandort möglich macht. Mit 37,2 Millionen Tonnen im Jahr 2024 weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.